Plattform Patientensicherheit

www.plattform-patientensicherheit.at

Forensische Untersuchungsstelle für Kinder gefordert

Kinderschutz muss in die Köpfe, nicht nur auf das Papier

„Jedes Kind hat das Recht auf eine glückliche Kindheit“, lautete das Credo von Prof. Dr. Hans Czermak, dem Vorkämpfers für eine humane, gewaltfreie Erziehung von Kindern. Anlässlich des 100-jährigen Geburtstages des Kinderarztes, Pioniers der Soziaalpädiatrie, „Vaters“ des Mutter-Kind-Passes und Gründers des Vereins für Gewaltlose Erziehung/Österreichischer Kinderschutzbund, rückt das Institut für Ethik und Recht in der Medizin in Zusammenarbeit mit FIRM, dem Forschungsinstitut für Rechte in der Medizin, der Ärztekammer für Wien und dem Verein für gewaltfreie Erziehung das Thema „Kinderschutz“ erneut in das Zentrum der Diskussion.

Stillstand und Rückschritt

„Ein bisschen näher sind wir dem Traum meines Großvaters wohl gekommen“, betonte Mag. Georg Streit, Rechtsanwalt und Vorstandsmitglied des Vereins für gewaltlose Erziehung/Österreichischer Kinderschutzbund. Gleichzeitig ist man aber doch noch sehr weit davon entfernt. Zahlreiche medizinische und rechtliche Errungenschaften im Bereich Kinderschutz haben Österreich einst internationale Reputation eingebracht, allerdings ist es danach weitgehend verabsäumt worden, auf diesem Fundament aufzubauen und die Dinge voranzubringen, sagt Streit: „Nach typisch österreichischer Manier hat man sich lieber im Ruhm gesonnt, anstatt konsequent den Weg weiter zu gehen.“ Die Folge sei Stillstand, in manchen Bereichen sogar wieder Rückschritt, etwa was die Akzeptanz von Gewalt gegen Kinder oder die Kenntnis der Bevölkerung vom gesetzlichen Verbot der gar nicht „g´sunden Watschn“ betrifft. Auch das Lehrerdienstrecht kommt gänzlich ohne den Begriff Schüler aus und die Strukturen im Gesundheitswesen bieten keinen Rahmen für Kinder-Therapieangebote.

Kinderschutz beginnt bei Erwachsenen

Auch Prim. Dr. Klaus Vavrik, Vorsitzender der Österreichischen Liga für Kinder- und Jugendgesundheit, sieht die wesentliche Aufgabe in der Bewusstseinsbildung: „Gesetzliche Bestimmungen müssen mit einer Bewusstseinsänderung einhergehen – vorwiegend der Erwachsenen. Immer dort, wo Kinderschutz massiv bedroht ist, im kriminellen wie im alltäglichen, erzieherischen Umfeld, hat das mit den Erwachsenen zu tun.“ Daher müsse besonders hier angesetzt

werden, fordert Vavrik: „So lange Kinderschutz in unseren Köpfen nicht selbstverständlich ist, so lange haben Einzelmaßnahmen immer auch etwas mit Hinterherrennen zu tun, um die negativen Auswirkungen struktureller Mängel zu bekämpfen, nicht deren Ursachen.

Forensische Untersuchungsstelle gefordert

Gemeinsam mit Dr. Wolfgang Novak, Kinderarzt und Leiter der Kinderschutzgruppe SMZ-Ost fordern die Experten eine Ausweitung des von den Wiener Kinderschutzgruppen initiierte Wiener Modell einer forensischen Untersuchungsstelle für Kinder und Jugendliche. Vergleichbare Institutionen sind in vielen europäischen Städten längst Standard: „Viel zu oft scheitern Verurteilungen nach Gewaltakten gegen Kinder an fehlenden Beweisen, weil es derzeit keine ausreichende Möglichkeit für eine zeitnahen Diagnostik gibt." In der geplanten forensischen Untersuchungsstelle sollen Gewaltopfer möglichst rasch nach der Tat nicht nur kurativ behandelt werden, sondern sollen auch die Spuren der Gewalteinwirkung gerichtstauglich dokumentiert werden. Außerdem sollen im Rahmen der zeitnahen Befundung auch mögliche psychische Folgen, etwa Traumatisierungen, erfasst werden.

Seit zwei Jahren befasst sich eine Projektgruppe unter der Leitung von Univ.-. Prof. Dr. Arnold Pollak, Vorstand der Universitätsklinik für Kinder- und Jugendheilkunde der Medizinischen Universität Wien, mit der Realisierung des Projekts. Trotz typischer Schwierigkeiten einer „Querschnittsmaterie" bezüglich Finanzierung und Zuständigkeiten – involviert sind mehrere Ministerien, Sozialversicherung und Krankenanstaltenverbund – könnte die forensische Untersuchungsstelle bei anhaltend gutem Willen aller Entscheidungsträger im Frühling 2014 ihren Betrieb aufnehmen.

Kontakt für Rückfragen:

Dr. Maria Kletecka-Pulker, Plattform Patientensicherheit, Maria.kletecka@univie.ac.at, Tel.: 0664/60 27 72 2202

Über die Plattform

Die Österreichische Plattform für Patientensicherheit – ANetPAS – Austrian Network for Patient Safety – wurde im November 2008 im Zuge des Projekts EUNetPAS (7. EU-Rahmenprogramm) und auf Initiative des Bundesministeriums für Gesundheit gegründet. Ziel dieses ExpertInnenforums ist die Etablierung und das Betreiben eines unabhängigen, dynamischen und konstruktiven Netzwerkes, dem die wesentlichen Einrichtungen und ExpertInnen des österreichischen Gesundheitssystems angehören, die sich mit Patientensicherheit beschäftigen. Im Mittelpunkt steht die Förderung der Patientensicherheit durch Forschung, Koordination von Projekten, Vernetzung und Information.

Schwerpunkte und Handlungsfelder der Patientensicherheit sollen identifiziert und analysiert werden, um daraus interdisziplinär Lösungen zu entwickeln und zu verbreiten.

www.plattform-patientensicherheit.at